



In der Ukraine bekämpft Russland den Neonazismus

Description

Die Position der KPRF zum Konflikt in der Ukraine scheint es uns Wert, hierzulande gebührend zur Kenntnis genommen zu werden. Deshalb folgt eine überarbeitete, leicht korrigierte [Übersetzung](#) (erschieden bei der Kommunistischen Organisation) der am 16.5.2022 bei [Solidnet](#) veröffentlichten Erklärung der KP der russischen Föderation zur Kritik der KP Griechenlands an jener.

Anmerkungen zum Artikel der Internationalen Abteilung des ZK der KKE »Über den imperialistischen Krieg in der Ukraine und die Haltung der KPRF«

Am 23. April 2022 brachte die Zeitung *Rizospastis*, das Organ der Kommunistischen Partei Griechenlands, einen Artikel der Internationalen Abteilung des ZK KKE [»Über den imperialistischen Krieg in der Ukraine und die Haltung der KPRF«](#).

Der Artikel bewertet die Aktionen der KPRF im Zusammenhang mit der von Russland in der Ukraine durchgeführten Sonderoperation und beschuldigt die Partei offen eine regierungshörige, das heißt pro-imperialistische Position zu haben. Dieser utilitaristischen Einschätzung widersprechen wir kategorisch.

Die Kernaussage des Artikels der griechischen Genossen ist, dass es sich beim Geschehen in der Ukraine um einen imperialistischen Krieg im Interesse der russischen Bourgeoisie handele. Daher verrete die KPRF mit ihrer Unterstützung der Sonderoperation eine Politik »im Einklang mit der regierenden Partei Einiges Russland und Präsident W. Putin«.

Indem sie auf dem »imperialistischen« Charakter dieses Krieges beharren, gehen die griechischen Genossen von der bekannten These Lenins aus:

Kampf um die Märkte und Raub fremder Länder, das Bestreben, die revolutionäre Bewegung des Proletariats und der Demokratie innerhalb der Länder aus der Welt zu schaffen, das Bestreben, die Proletarier aller Länder zum Narren zu machen, zu spalten, abzuschlachten, indem man die Lohnsklaven der einen Nation im Interesse der Bourgeoisie

gegen die Lohnsklaven der anderen Nation hetzt, – das ist der einzige reale Inhalt des Kriegs und seine Bedeutung (W.I. Lenin, *Werke*, Band 21, S. 1).

Die Genossen haben jedoch vergessen zu erwähnen, dass diese Aussage aus Lenins Schriften zum Krieg zwischen 1914 und 1918 stammt und sich damit speziell auf den Ersten Weltkrieg bezieht, der tatsächlich ein rein imperialistischer Eroberungskrieg war. Abgesehen vom Dogma aber kommen wir nicht umhin zuzugeben, dass jeder Krieg seine spezifischen Merkmale hat.

Die Aufgabe des Marxisten bei seiner Positionsbestimmung zum Krieg besteht im Bestimmen des Charakters des Krieges. Denn neben den imperialistischen Kriegen gibt es nationale Befreiungskriege und antifaschistische Kriege. Diese haben sich ausgebreitet als Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts Faschismus und Nazismus als politische Phänomene auftauchten und sich nationale Befreiungskämpfe unter dem Eindruck der Oktoberrevolution intensivierten.

Wovon sich die KPRF in ihrem Standpunkt hat leiten lassen

Die Partei hat bei der Ausarbeitung ihrer politischen Position zur Frage der Durchführung der Sonderoperation die konkreten historischen Bedingungen analysiert, die objektiv zur Krise in der Ukraine geführt haben.

Die Ukraine war vor der Oktoberrevolution in Russland ein typisches Agrarland, das Teil des Russischen Reiches war. Um ihre Industrie zu stärken, wurden sechs Industriegebiete der RSFSR im Osten und Süden, die nie Teil der Ukraine gewesen waren, in die Ukraine eingegliedert. Dazu gehörten die Oblaste Donezk und Lugansk. Im Jahr 1939 wurde Galizien (Westukraine), das zuvor zu Polen gehört hatte, zur Ukraine hinzugefügt. Das heutige Gebiet der Ukraine ist also das Ergebnis ihrer Eingliederung in die UdSSR. Sie wurde aus disparaten Teilen »zusammengeflickt«. Zum einen aus Galizien (Lemberg), das unter starkem Einfluss Polens, Österreichs und Ungarns stand, zum anderen aus der Ostukraine, die sich an Russland orientierte.

Die sozialistische Industrie der Ukraine entwickelte sich prächtig. Zur Metall- und Kohleproduktion kamen Luftfahrt und Raketentechnik, Petrochemie und Energieerzeugung (4 Kernkraftwerke) sowie der Verteidigungssektor hinzu. Als Teil der UdSSR erhielt die Ukraine nicht nur den Großteil ihres heutigen Territoriums, sondern auch ihr wirtschaftliches Potenzial, um zu den zehn größten europäischen Volkswirtschaften zu werden.

Die Auflösung der Sowjetunion im Dezember 1991 zerstörte gleichzeitig die jahrhundertealte wirtschaftliche Integration der Ukraine und Russlands und kappte alle wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Verbindungen.

Heute ist die Ukraine eines der ärmsten Länder Europas. Die verarbeitende Industrie, mit Ausnahme der Metallurgie, ist praktisch zerstört. Die ukrainische Wirtschaft hält sich dank westlicher Kredite und Überweisungen von Menschen über Wasser, die auf der Suche nach einem Arbeitsplatz nach Europa oder Russland gegangen sind. Der Lebensstandard ist stark gesunken, während die Auswanderung in die Höhe geschossen ist. Etwa 10 Millionen Menschen (von 45 Millionen) haben das Land verlassen, die meisten von ihnen hochqualifizierte Spezialisten.

Die Ukraine gehört zu den Ländern mit der höchsten Korruptionsrate und dem größten sozialen Gefälle. Das Land befindet sich am Rande einer nationalen Katastrophe.

Der Staatsstreich in Kiew als Grundlage für das Schüren von Streitigkeiten

Im Februar 2014 fand in der Ukraine mit direkter Unterstützung der USA und anderer NATO-Länder ein Staatsstreich statt. Die rechtmäßige Regierung wurde gestürzt. Neonazis kamen an die Macht. Später gaben die USA öffentlich zu, dass sie rund 5 Milliarden Dollar in die Vorbereitung des Regime-Change in dem Land und in die »Entwicklung der Demokratie« investiert hatten. Man muss wohl nicht erwähnen, dass niemand eine solche gigantische Summe einfach so ausgeben würde.

Infolge des Staatsstreichs übernahmen Leute aus der Westukraine, aus Galizien, die Macht. Dort waren extreme nationalistische, antisemitische, antipolnische, russophobe und antikommunistische Gefühle traditionell stark ausgeprägt.

Die Zwangsassimilierung der russischsprachigen Bevölkerung begann. Das Verbot der russischen Sprache und die Entscheidung, den Schulunterricht von Russisch auf Ukrainisch umzustellen, stießen in den Regionen Donezk und Lugansk auf heftigen Widerstand. Die Menschen standen auf und griffen zu den Waffen.

Am 11. Mai 2014 stimmten 87 Prozent der Bürger in einem nationalen Referendum für die Unabhängigkeit. Die Volksrepubliken Donezk und Lugansk wurden somit auf Initiative der Volksmassen und nicht auf Anweisung des Kremls gegründet.

Nach mehreren erfolglosen Einnahmeversuchen der DPR/LPR griffen die Kiewer Nazis zum Terror. Während der acht Jahre andauernden Bombardierung mit schwerer Artillerie wurden fast 14.000 Zivilisten getötet und Zehntausende verstümmelt. Die Infrastruktur wurde dabei schwer beschädigt.

Während der langen acht Jahre haben die europäischen Länder und die USA den Völkermord an der russischen Bevölkerung im Donbass mit äußerstem Gleichmut betrachtet und damit das Vorgehen des Kiewer Regimes praktisch gerechtfertigt.

Heute legen die EU und die USA eine unerhörte Heuchelei an den Tag, indem sie das Leiden der Menschen im Verlauf der Kämpfe beschreiben, aber die Tatsache ignorieren, dass der Einsatz von Zivilisten als menschliche Schutzschilde zur Standardpraxis derjenigen geworden ist, die sie »Freiheitskämpfer« nennen.

Entwicklung des Neonazismus in der Ukraine

Bei der Betrachtung der Situation in der Ukraine erwähnen unsere Genossen nur widerwillig die Gefahr einer Faschisierung des Landes. Und doch ist eines der Hauptziele der russischen Militäroperation in diesem Land dessen Entnazifizierung. Sogar amerikanische Kongressmitglieder und Sonderdienste geben zu, dass die Ukraine zum Zentrum des internationalen Neonazismus geworden ist.

Hier nur einige Fakten. Nach dem Einmarsch Hitlers in die UdSSR herrschte in der Westukraine, wie wir bereits erwähnten, eine extreme nationalistische, antisemitische, russophobe und antikommunistische Stimmung. Die dort gebildeten SS-Divisionen bekämpften die Rote Armee. Lokale Nationalisten,

angeführt von Semjon Bandera, einem glühenden Hitler-Fan, machten sich an die Ausrottung der Juden. In der Ukraine schlachteten die Bandera-Anhänger etwa 1,5 Millionen Juden ab, ein Viertel aller Opfer des Holocaust. Während des »Volyn-Massakers« 1944 in der Westukraine wurden etwa 100.000 Polen abgeschlachtet. Banderaisten töteten Partisanen und verbrannten bei lebendigem Leib Zivilisten in hunderten weißrussischen Dörfern.

Nach dem Krieg begannen von den USA und Großbritannien unterstützte antikommunistische und anti-sowjetische Rebellen in der Westukraine in der Zeit zwischen 1945 und 1953 mit dem Terror gegen die Zivilbevölkerung. In diesen Jahren töteten Banderaisten etwa 50.000 Bürger. Die Nachkommen und Nachfolger dieser Verbrecher kamen nach dem Putsch von 2014 an die Macht. Die Tradition des anti-polnischen, antisemitischen und antirussischen Terrors ist bei den heute praktisch in der Ukraine regierenden Neonazis sehr stark ausgeprägt.

Die Nazi-Ideologie wird in der Ukraine eingepflegt. Ukrainische Faschisten, die während des Zweiten Weltkriegs Gräueltaten organisiert und begangen haben, wurden offiziell zu Nationalhelden erklärt. Ihre Symbole sind vom Staat übernommen worden. Jedes Jahr finden Aufmärsche zu Ehren der faschistischen Verbrecher statt. Straßen und Plätze werden nach ihnen benannt. Die Kommunistische Partei der Ukraine ist in den Untergrund getrieben worden. Einschüchterung und Ermordung von Politikern und Journalisten sind an der Tagesordnung. Denkmäler für Lenin und alles, was an das Leben in der UdSSR erinnert, werden zerstört.

Heute sind die Banderaisten, wie die SD-Sturmtruppen in Deutschland, die Stoßtruppe des Big Business. Sie kontrollieren jeden Schritt der Regierung und erpressen sie ständig mit der Drohung eines Staatsstreichs.

Das Wesen des heutigen ukrainischen Staates ist die Allianz des Großkapitals und der Regierungsbürokratie, die von faschistischen Elementen unter der vollständigen politischen und finanziellen Kontrolle der USA unterstützt wird.

Die Ursachen und das Wesen der speziellen Militäroperation

Im Lichte der marxistischen Theorie kann der militärische Konflikt in der Ukraine nicht als imperialistischer Krieg bezeichnet werden, wie unsere Genossen geltend machen würden. Er ist im Wesentlichen ein nationaler Befreiungskrieg des Volkes im Donbass. Aus der Sicht Russlands ist es ein Kampf gegen eine äußere Bedrohung der nationalen Sicherheit und gegen den Faschismus.

Es ist kein Geheimnis, dass die Milizen im Donbass nicht in der Lage waren, den vielen tausenden bewaffneten ukrainischen Streitkräften Widerstand zu leisten. Eine Niederlage der Milizen hätte zur Auslöschung der russischsprachigen Bevölkerung geführt, von der ein großer Teil russische Staatsbürger sind. Gemäß der Verfassung der Russischen Föderation hat Russland legitime Maßnahmen zum Schutz seiner Bürger und zur Gewährleistung seiner nationalen Sicherheit ergriffen, da dies mit anderen Mitteln nicht möglich gewesen wäre.

Mit Unterstützung der USA und der EU sabotierte Kiew vorsätzlich den Verhandlungsprozess im Rahmen der Minsker Vereinbarungen.

Zu diesem Zeitpunkt hatte die Ukraine bereits 150.000 Soldaten und Nazi-Bataillone im Donbass konzentriert. Kiew machte sich mit Unterstützung der USA daran, die Kontrolle über den Donbass mit mili-

tärischen Mitteln wiederzuerlangen.

Mit dem Segen ihrer amerikanischen Auftraggeber bereitete die Ukraine Anfang März dieses Jahres eine Militäroperation zur Einnahme des Donbass und anschließend der Krim vor. Für die Existenz dieser Pläne gibt es stichhaltige Beweise.

Das Bandera-Regime hat sich acht Jahre lang auf diesen Krieg vorbereitet. Die Soldaten wurden einer unerbittlichen ideologischen Gehirnwäsche im Sinne einer ausgeprägten Russophobie unterzogen. Es wurden mächtige Festungen geschaffen und die Armee mit den neuesten Waffen ausgestattet.

Im Einklang mit ihren imperialistischen geopolitischen Zielen zogen die USA die Ukraine allmählich in die Sphäre ihrer militärischen Interessen und machten das Land zu einer NATO-Speerspitze, die entschlossen war Russland »bis zum letzten ukrainischen Soldaten« zu bekämpfen.

Bereits im Dezember 2021 machte Russland den USA den Vorschlag, Gespräche über eine Nichterweiterung der NATO nach Osten zu führen. Die Amerikaner drückten sich davor, eine direkte Antwort zu geben. So warnte Russland im Januar 2022, dass es in dieser Situation zusätzliche Maßnahmen zum Schutz seiner nationalen Sicherheit ergreifen müsse.

Gleichzeitig wurde über die Stationierung von taktischen US-Atomwaffen in der Ukraine gesprochen. Die Ukraine, die über vier Kernkraftwerke und ein beträchtliches wissenschaftlich-technisches Potenzial verfügt, begann mit den Vorbereitungen für den Bau einer eigenen Atomwaffe.

Unter der Schirmherrschaft des Pentagons richtete die Ukraine mehr als 30 Labors zur Entwicklung bakteriologischer Waffen ein. Es liegen Dokumente vor, die belegen, dass diese Labors mit besonders gefährlichen Bakterien für tödliche Krankheiten arbeiteten und Methoden zu deren Verbreitung erforschten, um Menschen verschiedener Rassen anzugreifen.

All dies bedroht nicht nur Russland, sondern die gesamte Menschheit.

Man behauptet, es ginge nur um zwischenimperialistische Widersprüche oder den Kampf um Märkte und Bodenschätze. Die Unfähigkeit, in den Klassenfragen die nationale Komponente und in den nationalen Fragen die Klassenkomponente zu sehen, führt in den Bereich des Dogmatismus.

Interesse der russischen Oligarchie an der Ukraine oder Mangel an Interesse

In dem Bemühen, zu beweisen, dass der Krieg im Interesse der russischen Bourgeoisie geführt wird, um sich der natürlichen Ressourcen und des industriellen Potenzials der Ukraine zu bemächtigen, reißen unsere Genossen Lenins Worte über das Wesen von Kriegen aus ihrem historischen Kontext.

Die Behauptung, die russische Führung habe die Inbesitznahme der Ukraine im Voraus vorbereitet, widerspricht indes den Tatsachen.

Von Anfang an hat die russische Führung die Idee eines Referendums über die Bildung von Volksrepubliken im Donbass nicht unterstützt.

Nach den Minsk-2-Vereinbarungen ging Russland a priori davon aus, dass der Donbass Teil der Ukraine bleiben würde, wenn auch mit einem gewissen Maß an Autonomie.

Bis zum Beginn der Militäroperation bestand die russische Führung auf der Einhaltung von Minsk?2. Damit würde der Donbass ein Teil der Ukraine bleiben.

Wo ist also die Vorbereitung auf die imperialistische Inbesitznahme?

Seit 1991 waren die Ukraine, ihre Industrie und ihre Ressourcen Objekte der Superausbeutung durch US- und EU-Monopole. Die russische Oligarchie beteiligte sich nicht an der »Aufteilung des Kuchens«, die in der Sphäre der westlichen Interessen lag.

Außerdem war die russische Oligarchie gegen die Militäroperation in der Ukraine. Sie strebte nach Integration in die Weltoligarchie und stand bereits unter massivem Druck des Westens. Dieser drängte sie Druck auf die Regierung auszuüben, um sie zur Bewahrung der pro-westlichen Ausrichtung Russlands zu bewegen.

Außerdem litten die russischen Oligarchen erheblich unter der russischen Militäroperation in der Ukraine. Sie wurden mit Sanktionen belegt, ihre Paläste und Yachten wurden ihnen weggenommen und ihre Bankkonten eingefroren.

Wir haben nicht das geringste Mitleid mit denjenigen, die Russland drei Jahrzehnte lang ausgeplündert haben und nun ihrer Beute beraubt werden. Wir wollen lediglich betonen, dass die russische Oligarchie nicht nur kein Interesse an der Militäroperation hatte, sondern sogar unter ihr gelitten hat. Durch ihre Weigerung, diese Operation zu unterstützen, hat das Großkapital nicht nur seinen Besitz und sein Geld verloren, sondern auch seinen Einfluss innerhalb der russischen Führungselite.

Man beachte, welche Klassenkräfte die schärfsten Gegner der russischen Militäroperation in der Ukraine waren. Das waren vor allem das große Monopolkapital, seine politischen Vertreter im liberalen Milieu und ihre »kreativen« Lakaien unter der so genannten Intelligenz.

Natürlich erkennen wir an, dass es zwischenimperialistische Widersprüche gibt. Den Wunsch der imperialistischen Raubtiere, sich die Natur- und Energieressourcen anderer Länder anzueignen. Russland ist ein Opfer der Pläne des Westens. Unser Land soll zu einer Quelle für billige Rohstoffe werden. Wir wehren uns seit Jahrzehnten gegen diese Pläne. Aber wir glauben nicht, dass Russland trotz aller Mängel seines derzeitigen politischen Systems, das auf der Macht des Großkapitals beruht, über Nacht zu einem solchen Raubtier geworden ist. Der Kampf in der Ukraine hat einen grundlegend anderen, sich den Dogmen widersetzenden Charakter.

Die Position der KPRF

Die KPRF war die erste Partei, die das Wesen des Regimes definierte, das während der Maidan-Proteste 2014 die Macht in der Ukraine übernahm. Seitdem beruhen alle Aktivitäten der Partei auf dem Klassencharakter der laufenden politischen Prozesse.

Wir haben seit je her kritisiert die Außenpolitik der russischen Führung, die die Interessen der Völker, die bis vor kurzem noch Teil des sowjetischen Einheitsstaates waren, praktisch ignoriert hat.

Wer unsere Aktionen aufmerksam verfolgt (und wir gehen davon aus, dass die griechischen Genossen mit unseren Dokumenten bestens vertraut sind), wird wissen, dass es die KPRF war, die seit 2014 konsequent auf die Anerkennung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk gesetzt hat. Keine andere poli-

tische Partei in Russland hat sich so stark für die Bevölkerung des Donbass eingesetzt. Wir haben uns von Anfang an für die Rückgabe des Donbass an Russland ausgesprochen. Es ist nicht die KPRF, die »der Linie der regierenden Partei ›Einiges Russland‹ und Präsident Putins« folgt, sondern diese müssen unter dem Druck historischer Zwänge dem Weg folgen, den die KPRF seit drei Jahrzehnten befürwortet hat.

Kann man in dieser Situation sagen, dass wir Putins Politik in der Ukraine fast blindlings unterstützen?

Die russischen Kommunisten beteiligen sich am aktivsten am Schutz der LNR/DNR. Hunderte von kommunistischen Parteimitgliedern kämpfen als Angehörige der Streitkräfte dieser Republiken gegen die Nazis. Dutzende von Kommunisten haben in diesem Kampf ihr Leben gelassen. Die KPRF hat in den letzten acht Jahren 93 Konvois mit 13.000 Tonnen humanitärer Hilfe in diese Republiken entsandt und tausende von Kindern aufgenommen, die zur Erholung und medizinischen Behandlung nach Russland kamen.

In all den vergangenen Jahren hat die KPRF die russische Führung dazu gedrängt, die Unabhängigkeit des Donbass anzuerkennen.

Offen gestanden sind wir nicht erfreut, wenn unsere griechischen Genossen mit einem Hauch von Verachtung über die »so genannten Volksrepubliken« im Donbass sprechen, denn es handelt sich bei **ihnen genau um Volksrepubliken**, die durch den ausdrücklichen Willen des Volkes entstanden sind.

Die Bürger der LNR/DNR haben sie unter Einsatz tausender ziviler und militärischer Menschenleben in den acht erbitterten Jahren des Widerstands gegen die schleichende Aggression der banderaistischen Nazis verteidigt.

Es ist von entscheidender Bedeutung, dass nicht nur die russische Armee gegen die Banderaisten kämpft, sondern auch die Milizeinheiten des Donbass selbst, unter denen Kommunisten und Bergarbeiter eine große Schicht ausmachen.

Wo seht ihr den »Schutz der Interessen der Oligarchie«? Verteidigen unsere Genossen, die täglich ihr Leben aufs Spiel setzen, auch die Interessen der russischen Oligarchen? Oder verteidigen sie die Interessen der einfachen Menschen, die Opfer der Neonazis geworden sind, die in der Ukraine die Macht ergriffen haben?

Man muss schon sehr zurückhaltend sein, um zu behaupten, dass die KPRF im Einklang mit der herrschenden Gruppe handelt.

Die Schärfe des politischen Klassenkampfes in Russland ist so hoch wie eh und je. Die Verfolgung von Kommunisten und Parteianhängern, selbst nach Beginn der Militäroperation in der Ukraine, zeigt, dass es keine Klassenharmonie zwischen der KPRF und der gegenwärtig herrschenden Elite gibt. Es gibt viele Beispiele dafür, dass unsere Genossen Repressionen ausgesetzt sind. Unsere Reaktion auf die Verfolgung unserer Genossinnen und Genossen ist entschlossen.

Ebenso sind wir ein vehementer Kritiker der sozioökonomischen Politik der Regierung. Keine andere Partei in Russland kann von sich behaupten, eine aktivere Kritikerin der Behörden gewesen zu sein.

In den über dreißig Jahren seit dem antikommunistischen Putsch von 1991 haben wir unseren entschlossenen Kampf gegen die herrschende Elite hinreichend unter Beweis gestellt. Deshalb genießt

unsere Partei eine so breite Unterstützung durch die Massen.

Bei den Wahlen zur Staatsduma im September 2021 erhielt die KPRF fast 19 Prozent der Stimmen. Dies trotz der gut geöhlten und seit langem etablierten Maschinerie der Wahlfälschung. Wir sind zuversichtlich, dass die tatsächliche Unterstützung der Bevölkerung wesentlich höher ist. Das liegt daran, dass wir im Geiste des Marxismus-Leninismus versuchen die Interessen und die Stimmung des Volkes zu studieren. Im Übrigen hat die KPRF mit ihrer Unterstützung der russischen Sonderoperation in der Ukraine den Willen der überwältigenden Mehrheit der russischen Bürger zum Ausdruck gebracht.

Was die Behauptungen über das »Hofieren nationalistischer Ansätze und nationalistischer Kräfte« betrifft, so sind wir stolz darauf, dass die KPRF die führende patriotische linke Kraft in Russland ist.

Wir sehen es als unsere internationalistische Pflicht an, die Interessen des russischen Volkes und der anderen Völker zu schützen, die seit Jahrhunderten mit den Russen zusammenleben, vor allem der Ukrainer und der Weißrussen. Die historische Bedeutung der »russischen Welt« oder der russischen Zivilisation zu leugnen, ist unserer Meinung nach ebenso absurd wie die Leugnung der großen Bedeutung der antiken griechischen Zivilisation. Als Manolis Glezos die Nazifahne von der Akropolis riss, ließ er sich nicht nur von Klasseninteressen leiten, sondern auch vom Nationalstolz der Griechen, die einen entschlossenen Kampf gegen die deutsche Besatzung geführt hatten.

Die Haltung der Weltgemeinschaft zu den Ereignissen in der Ukraine

Während die westlichen Politiker und Medien arrogant behaupten »die Weltgemeinschaft« zu vertreten, sich offen auf die Seite der Neonazis stellen, sehen die großen Länder Asiens, Afrikas, des Nahen Ostens und Lateinamerikas, die den europäischen und amerikanischen Neokolonialismus aus erster Hand erfahren haben, die Ereignisse in der Ukraine zu Recht als Kampf Russlands gegen die unipolare Welt unter Führung der USA.

Länder, in denen 60 Prozent der Weltbevölkerung leben, unterstützen entweder die russische Operation oder nehmen eine neutrale Haltung ein.

Nur diejenigen, die 1941 als Mitglieder der Hitler-Koalition den Krieg über unser Land brachten, nehmen eine aggressive Haltung ein. Das sind die europäischen Länder sowie die USA und Großbritannien, die nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg einen großen Beitrag zur Wiederbelebung der Nazi-Militärmaschinerie geleistet haben. Heute kämpft Russland erneut gegen den Faschismus und diejenigen, die ihn in Europa und den USA unterstützen.

Im Gedenken an die Heldentaten der Kommunistischen Partei Griechenlands im Kampf gegen den Nationalsozialismus und gegen die Militärdiktatur weisen wir die Vorstellung kategorisch zurück, dass unsere Genossen sich bewusst dem Lager derjenigen angeschlossen haben könnten, die heute versuchen, Russland mit den Händen der Ukraine zu zerschlagen. Wir bekräftigen unseren tiefen Respekt vor der KKE als einer Partei, die einen immensen Beitrag zur Wiederbelebung der internationalen kommunistischen Arbeiterbewegung nach dem Zusammenbruch der UdSSR 1991 geleistet hat. Die Worte unserer Genossen klingen jedoch manchmal wie die Aussage der letzten Wahrheit. Wir sind für einen brüderlichen Dialog, der den Kommunisten in der ganzen Welt stets geholfen hat, das Wesen der Ereignisse zu verstehen und einen richtigen, wirklich marxistischen Ansatz für ihre Bewertung zu finden.

Internationale Abteilung des ZK der KPRF

